



Geschäftsführung Wirtschaftsausschuss

Frau Doberitz

Telefon: (0221) 25507

Fax: (0221)

E-Mail: uta.doberitz@stadt-koeln.de

Datum: 24.01.2018

Niederschrift

über die **25. Sitzung des Wirtschaftsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 30.11.2017, 17:04 Uhr bis 19:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jörg van Geffen	SPD
Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU
Frau Elisabeth Thelen	GRÜNE
Herr Christian Joisten	SPD
Herr Malik Karaman	SPD
Herr Dr. Martin Schoser	CDU
Frau Ira Sommer	CDU
Herr Jörg Frank	GRÜNE
Frau Sabine Pakulat	GRÜNE
Herr Berndt Petri	DIE LINKE
Frau Claudia Klein	FDP

Sachkundige Bürgerin

Frau Claudia Heithorst	CDU
------------------------	-----

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Frank Schneider	SPD	in Vertretung für Herrn Andreas Pöttgen
----------------------	-----	---

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Eugen Litvinov

Beratende Mitglieder

Herr Dr. Viktor Heese	auf Vorschlag der AfD
Herr Dr. Hermann Hollmann	auf Vorschlag der SPD
Herr Dr. Witich Roßmann	auf Vorschlag der SPD
Herr Markus Sterzl	auf Vorschlag der SPD

Herr Nicolai Lucks	auf Vorschlag der CDU
Herr Wolfgang Jehle	auf Vorschlag der Grünen
Herr Andreas Lohaus	auf Vorschlag der Grünen
Herr Rainer Schäfer	auf Vorschlag der Grünen
Herr Wolfgang Lindweiler	auf Vorschlag von DIE LINKE

Verwaltung

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Schriftführerin

Frau Uta Doberitz

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Andreas Pöttgen	SPD	vertreten durch Herrn Frank Schneider
----------------------	-----	---------------------------------------

Beratende Mitglieder

Herr Jörg Kalitowitsch	KLuST e.V.
Herr Silvio Vallecoccia	Italiani per Colonia
Herr Hermann Jutkeit	auf Vorschlag der SPD
Herr Thomas Tewes	auf Vorschlag der CDU
Herr Thorsten Rensing	auf Vorschlag der FDP

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Claudia Mewaldt	KLuST e.V.
----------------------	------------

Herr van Geffen begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er verweist auf die vorliegende aktualisierte Tagesordnung und fragt nach Änderungswünschen und Anmerkungen.

Herr Joisten bittet um Verschiebung des TOP 3.2 in die nächste Sitzung.

Herr Frank ist damit einverstanden, bittet jedoch darum, den TOP auf der TO zu belassen, so dass bereits Fragen dazu gestellt werden können.

Herr Dr. Strahl bittet darum, TOP 6.1. und 12.1 ohne Votum in die nächsten Ausschüsse zu geben, da seine Fraktion noch Beratungsbedarf habe. Außerdem bittet er darum, TOP 17.1 in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu nehmen.

Herr Frank bittet darum, alle Tagesordnungspunkte, die ohne Votum in die nächsten Ausschüsse gegeben werden sollen, trotzdem auf der heutigen Tagesordnung zu belassen, damit sie behandelt werden können.

Die vorliegende Tagesordnung wird vom Ausschuss genehmigt.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

TOP A: Wirtschaftsförderung stärken!
AN/1786/2017

1 Präsentation, anschließend Meinungs austausch

2 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

3 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

3.1 Newcomers Festival in Köln bzw. der Metropolregion Rheinland etablieren
3082/2017

3.2 Bilanzierung der Auslandsakquise bei „Schwerpunktländern“
3631/2017

3.3 Evaluierungsbericht zum Strategiepapier für ein ganzheitliches Toilettenkonzept in Köln, Beantwortung einer mündlichen Anfrage des Ratsmitgliedes Herrn Dr. Strahl zu TOP 14.1 aus der Sitzung des Wirtschaftsausschusses vom 09.10.2017
3608/2017

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung

5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

6 Beteiligung des Wirtschaftsausschusses an wirtschaftsrelevanten Planungen

6.1 Beschluss über Stellungnahmen, Ergänzung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 70439/08
Arbeitstitel: "Gewerbepark Poll - Teilbereich Gewerbepark Poll Nord" in Köln - Poll
2919/2017

6.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 70480/12
Arbeitstitel: "Ehemaliger Güterbahnhof in Köln-Mülheim"
3322/2017

- 7 Unterrichtung des Wirtschaftsausschusses über wirtschaftsrelevante Angelegenheiten**
- 8 Marktwesen**
 - 8.1 Instandhaltungsbedarf Großmarktgelände Köln-Raderberg
3525/2017
- 9 "koeln.de"**
- 10 Medien- und Internetwirtschaft in Köln**
 - 10.1 Eröffnung des InsurLab Germany im Rahmen der EXEC InsurTech
3603/2017
 - 10.2 StartupCon erneut mit Besucher- und Ausstellerrekorden und großen Plänen für das Jahr 2018
3674/2017
 - 10.3 Cologne and Tel Aviv Innovation Summit 2017
3601/2017
- 11 Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation**
 - 11.1 Abschlussbericht zum Pilotprojekt Zwischennutzungsmanagement
3473/2017
- 12 Beschäftigungsförderung / Arbeitsmarktförderung**
 - 12.1 Kommunales Programm für Arbeit und Beschäftigungsfähigkeit
2315/2017
 - 12.2 Sachstandsbericht des Programms "Win-Win für Köln"
3422/2017
- 13 Förderung und Sicherung des Industriestandortes Köln (Ratsbeschluss vom 31.01.2002)**
- 14 Mitteilungen**
 - 14.1 Stadt Köln & Partner präsentieren sich auf der Expo Real 2017
3293/2017
 - 14.2 Chinafest 2017
3339/2017

- 14.3 Film Festival Cologne
3172/2017
- 14.4 Dingfabrik e.V. nach erfolgreichem Umzug in Ehrenfeld wieder eröffnet.
3516/2017
- 14.5 Berichte zu aktuellen Veranstaltungen aus dem Bereich Kreativwirtschaft
3537/2017
- 15 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 16 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

TOP A: Wirtschaftsförderung stärken! AN/1786/2017

Herr Joisten beginnt die Aktuelle Stunde mit Hinweis, dass in dem Ratsbeschluss vom Dezember 2016 eine Ergebnisoffenheit vereinbart wurde und mit Hinweis auf die vorausgegangenen Zusagen der Verwaltung, zur heutigen Sitzung das Gutachten von KPMG vorzulegen, damit der Ausschuss über das Gutachten und die darin enthaltenen Empfehlungen beraten kann. Da eine solche Vorlage nicht auf der Tagesordnung stehe, will der Ausschuss die Aktuelle Stunde nutzen, um über dieses wichtige Thema zu debattieren.

Er verweist auf die für seine Fraktion irritierende Presseberichterstattung, in der scheinbar ein vorweggenommenes Ergebnis dargestellt wird.

Herr Dr. Strahl verweist darauf, dass nicht die CDU-Fraktion des Rates oder deren Mitglieder sich bisher zum Ergebnis geäußert haben, sondern dass es sich um eine Aussage auf dem Parteitag handelt. Auch er hält eine ausführliche Diskussion über die künftige Form der Wirtschaftsförderung für richtig, sobald das Gutachten vorliegt.

Herr Frank zitiert den Ratsbeschluss vom Dezember 2016 und die darin formulierten Anforderungen an die Untersuchung der Prozesse. Ansiedlungsprojekte dauern immer länger. Dabei sei nicht die Wirtschaftsförderung und deren Akquise neuer ansiedlungswilliger Unternehmen das Problem, sondern das schlechte Zusammenwirken von mindestens fünf bis sechs Dienststellen, die dann bei einem solchen Projekt involviert sind. Er erwartet von dem Gutachten Vorschläge zur Verbesserung. Da das Untersuchen der laufenden Prozesse zeitaufwändig ist, gab es auch keine Zeitvorgabe an die Verwaltung. Der Grundsatz Gründlichkeit vor Schnelligkeit sollte weiterhin gelten.

Herr Petri sieht einen Grund für die aktuellen Probleme in der Entscheidung der Politik, die Stelle der Wirtschaftsdezernentin nicht neu zu besetzen. Er ist verwundert darüber, dass nicht der Ausschuss und die nachfolgenden Gremien zuerst über das Gutachten beraten, sondern dass Herr Petelkau als Vorsitzender der CDU-Fraktion im Kölner Rat in der Kölnischen Rundschau mit den Worten zitiert wird „Wir werden die Kölner Wirtschaftsförderung in eine GmbH umwandeln.“. Herr Petri stellt fest, dass dem Ausschuss bisher nur das Ergebnis der Untersuchung von Boston Consulting vorliegt. Für die Kölner Wirtschaftsförderung ist dieses Ergebnis im Zusammenhang mit den eingesetzten Mitteln ziemlich gut. Nach seiner Einschätzung könnte dieses Ergebnis erheblich verbessert werden, wenn der gleiche Betrag pro Einwohner wie z.B. in Düsseldorf eingesetzt würde. Das hätte zur Folge, dass der Betrag von 9,1 Mio. gut verdoppelt werden müsste. Herr Petri befürchtet, dass eine solche Steigerung bei der Gründung einer GmbH sowieso nötig sein wird, jedoch ohne eine Verdopplung der positiven Ergebnisse.

Frau Klein sieht als vorrangiges Ziel eine Verbesserung der Flexibilität der Wirtschaftsförderung, die Notwendigkeit eines höheren Budgets und den Einsatz von besonderem Personal. Sie bedauert die bisherigen Kommunikationswege.

Herr Lucks bedauert die aktuelle Darstellung des Amtes in der Presse, man gewinne den Eindruck, dass mit der Wirtschaftsförderung „etwas nicht stimme“. In der Realität sehe das jedoch anders aus. Herr Lucks wünscht sich eine ergebnisoffene Diskussion im Ausschuss.

Herr Dr. Hollmann sieht als ersten notwendigen Schritt einen politischen Konsens über die Ausstattung der Wirtschaftsförderung mit Ressourcen und Kompetenzen sowie über die erforderliche Flexibilität und die Schnittstellenproblematik. In einem zweiten Schritt sei dann die dazu beste Organisationsform auszuwählen.

Herr Lindweiler betont ebenfalls die Notwendigkeit, zuerst die Ziele zu definieren, bevor über die Organisationsform entschieden wird. Es kritisiert die Kaltakquise der Verwaltungsspitze, sofern die Berichterstattung über die Anschreiben an einzelne Firmen der Kölner Wirtschaft zutreffend ist.

Frau Reker verweist darauf, dass die Berichterstattung in der Presse nicht mit einer offiziellen Pressemitteilung der Oberbürgermeisterin gleichzusetzen sei, ebenso die veröffentlichten Vorschläge nicht mit einer Entscheidung. Es liege ihr noch kein finalisiertes Gutachten vor. Sobald dies der Fall sei, schlägt Frau Reker eine Dialogrunde der wirtschaftspolitischen Sprecher der Fraktionen vor und eine gemeinsame Sitzung von AVR und Wirtschaftsausschuss noch vor der nächsten Ratssitzung.

Frau Reker verweist auf den Einwand von Herrn Lucks hin auf ein Einzelgespräch, dass mit Herrn Dr. Weltrich, Handwerkskammer zu Köln, geführt worden ist. Sie berichtet, dass außerdem mit verschiedenen Akteuren der Wirtschaft deren grundsätzliche Bereitschaft an einer Beteiligung abgeklopft worden sei.

Herr Joisten fragt mit Blick auf den kurzen verbleibenden Zeitraum bis zur Ratssitzung nach dem genauen Ablauf der weiteren Schritte der Meinungsbildung. Die Abfrage bei der örtlichen Wirtschaft hinsichtlich einer möglichen Beteiligung ist nach seiner Meinung verfrüht gewesen, de facto sei sie eine Vorwegnahme hinsichtlich der Ratsentscheidung. Er stellt die Frage, welche Unternehmen sind mit welcher Fragestellung kontaktiert worden und nach welchen Kriterien diese Unternehmen ausgewählt wurden? Nach Größe, Umsatz, Mitarbeiterzahl, Absatzzahlen, Branchenzugehörigkeit?

Frau Reker stellt nochmals fest, dass sie das Gutachten in den nächsten Tagen erwartet.

Herr van Geffen schlägt vor, dass der Ausschuss die Verwaltung auffordert, dass Gutachten kurzfristig vorzulegen.

Herr Dr. Strahl schlägt vor die Aktuelle Stunde zu beenden mit dem Beschluss, dass die Sache gem. § 5 Absatz 10 Ziffer a) GeschO erledigt ist.

Herr Frank schlägt vor, gem. § 5 Absatz 10 Ziffer b) GeschO die Sache zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung zu überweisen.

Der Ausschuss schließt die Erörterung gemäß § 5 Absatz 10 Ziffer b) GeschO mit dem Beschluss ab, die Sache zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung zu überweisen.

Die Verwaltung wird gebeten, das Gutachten schnellstmöglich dem Gremium zuzuleiten.

1 Präsentation, anschließend Meinungsaustausch

2 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

3 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

**3.1 Newcomers Festival in Köln bzw. der Metropolregion Rheinland etablieren
3082/2017**

Dem Ausschuss liegt die in der letzten Sitzung vertagte Beantwortung vor. Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**3.2 Bilanzierung der Auslandsakquise bei „Schwerpunktländern“
3631/2017**

Herr Frank stellt die Frage, welche Daten aus welchen Gründen nicht geliefert werden können. Wo sind die Unschärfen dieser Erfolgsbilanz über Ansiedlungen durch Grenzen der Informationsbeschaffung?

Herr Josipovic (Amt für Wirtschaftsförderung) zählt folgende Gründe auf:

- Das Amt für Wirtschaftsförderung erhält keine Auskünfte über die Gewerbesteuerzahlungen der angesiedelten Unternehmen.
- Die ausländischen Unternehmen sind in keinem Register verbindlich enthalten und können daher nur sehr schwer identifiziert werden.
- Es stellt sich die Frage der Definition über die Kapitalbeteiligung ab 25% durch einen Ausländer oder eine ausländische Gesellschaft
- Fehlende Auskünfte anderer Kommunen
- Es gibt keine Rückmeldungen, ob Unternehmen, die eine Beratung erhalten haben, sich auch in Köln niederlassen. Dies gilt auch für Umsiedlungen.
- Die Beschäftigtenzahlen kann man nur im direkten Kontakt mit den Firmen in Erfahrung bringen.
- Versandaktionen, insbesondere an chinesische Unternehmen, haben einen Rücklauf mit dem Vermerk „nicht zustellbar“ in Höhe von bis zu 50%, trotz intensiver Pflege der Verteiler und stichprobenartiger Überprüfungen vor Ort. Trotzdem stellen die Zustellerinnen und Zusteller die Briefe nicht zu. Außerdem liegt der Rücklauf der angeschriebenen Firmen bei einer solchen Aktion bei 10-20%.

Frau Klein fragt nach einer Begründung für die rückläufigen Zahlen.

Herr Josipovic verweist auf die zeitweise nicht vorhandenen personellen Ressourcen. Der Erfolg einer Akquisition ist immer auch abhängig von den vorhandenen Produkten, mit denen geworben werden kann. Die fehlenden Flächen sind immer wieder ein Problem.

**3.3 Evaluierungsbericht zum Strategiepapier für ein ganzheitliches Toilettenkonzept in Köln, Beantwortung einer mündlichen Anfrage des Ratsmitgliedes Herrn Dr. Strahl zu TOP 14.1 aus der Sitzung des Wirtschaftsausschusses vom 09.10.2017
3608/2017**

Dem Ausschuss liegt die Beantwortung der Verwaltung als Tischvorlage vor.

Herr Dr. Strahl bedankt sich und bittet zu gegebener Zeit um eine Information, welche der angegebenen City-Standorte in 2018 realisiert worden sind.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung

5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

6 Beteiligung des Wirtschaftsausschusses an wirtschaftsrelevanten Planungen

**6.1 Beschluss über Stellungnahmen, Ergänzung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 70439/08
Arbeitstitel: "Gewerbepark Poll - Teilbereich Gewerbepark Poll Nord" in Köln - Poll
2919/2017**

Herr Frank stellt die Frage, ob die textlichen Festsetzungen, die in Anlage 7 aufgeführt sind, verbindlicher Teil der Beschlussfassung sind.

Frau Pakulat stellt fest, dass nach der Verkleinerung des B´planes der Verkehrsübungsplatz nicht mehr im Plangebiet enthalten ist. Sie fragt, ob die Fläche dann unbeplant bleibt oder ob angedacht ist, für diese Fläche einen eigenen B´plan aufzustellen.

Herr Joisten fragt, ob im Bereich des B´planes Beherbergungsbetriebe erlaubt sind.

Frau Müssigmann (Stadtplanungsamt) beantwortet die Fragen wie folgt:
Die Festsetzungen der Anlage 7 sind verbindlich und können nach der Beschlussfassung über die Satzung nicht mehr geändert werden.

Der Verkehrsübungsplatz ist nicht mehr Bestandteil der beplanten Fläche, um die Ziele für diese Fläche zu klären. Die Verwaltung ist mit verschiedenen Investoren in Gesprächen und wird zu gegebener Zeit berichten.

Ein Hotel bzw. ein Beherbergungsbetrieb ist in einem Gewerbegebiet grundsätzlich zulässig, diese Art der Nutzung ist nicht ausgeschlossen.

Beschluss:

Der Wirtschaftsausschuss verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

**6.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 70480/12
Arbeitstitel: "Ehemaliger Güterbahnhof in Köln-Mülheim"
3322/2017**

Herr Joisten berichtet, dass seine Fraktion irritiert sei über den sehr rigiden Umgang mit kleinflächigem Einzelhandel, den die geplante Nutzung werde einen Bedarf der „Mittagspauserversorgung“ hervorrufen. Das Einzelhandel- und Zentrenkonzept wird nicht in Frage gestellt, er bittet aber trotzdem um Prüfung, ob eine Bäckerei oder ähnliches zugelassen werden kann.

Herr Frank bittet um Weitergabe ohne Votum, da seine Fraktion sich noch keine abschließende Meinung gebildet habe.

Herr Lindweiler verweist auf die veränderten Rahmenbedingungen, nachdem die Fa. Drösser Stahlhandel von ihren zusätzlichen Flächenbedarf Abstand genommen hat und stellt die Frage, ob nun Kleingewerbe und Wohnen als Verbindung zwischen den Stadtteilen stärker berücksichtigt werden können.

Frau Müssigmann (Stadtplanungsamt) beantwortet die Fragen wie folgt: Die Nahversorgung im Plangebiet hat die Stadtplaner sehr beschäftigt. Nach dem Einzelhandel- und Zentrenkonzept (EHZK) ist der Bereich innerhalb eines 700m-Radius rund um das Zentrum Keupstraße besonders schützenswert, um keine diffundierenden Tendenzen zu fördern. Das heißt, dass derzeit für die ca. 4.000 entstehenden Arbeitsplätze das gewünschte Angebot nicht zulässig ist. Mit dem Amt für Stadtentwicklung ist jedoch abgesprochen, dass bei einer Fortschreibung des EHZK die Situation noch mal genau betrachtet wird. Sollte die Möglichkeit bestehen, im Bereich des ehemaligen Güterbahnhofs Köln-Mülheim die gewünschte Nutzung zu ermöglichen, dann ist mit dem Investor abgesprochen, dass möglicherweise noch mal eine Änderung des Bebauungsplanes herbeigeführt wird. Derzeit lassen die Regularien es nicht zu. Die Drahtwerke haben eine Betriebsgenehmigung 365 Tage, 24 Stunden. Die vorhandenen Arbeitsplätze sollten nicht durch den neuen B'plan gefährdet werden. Deshalb ist die Ausweisung eines Mischgebietes auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs Mülheim nicht möglich, ohne den Bestand der Drahtwerke zu gefährden.

Beschluss:

Der Wirtschaftsausschuss verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

7 Unterrichtung des Wirtschaftsausschusses über wirtschaftsrelevante Angelegenheiten

8 Marktwesen

**8.1 Instandhaltungsbedarf Großmarktgelände Köln-Raderberg
3525/2017**

Der Ausschuss nimmt die als Tischvorlage vorgelegte Beantwortung zur Kenntnis.

9 "koeln.de"

10 Medien- und Internetwirtschaft in Köln

**10.1 Eröffnung des InsurLab Germany im Rahmen der EXEC InsurTech
3603/2017**

Der Ausschuss nimmt die als Tischvorlage vorliegende Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**10.2 StartupCon erneut mit Besucher- und Ausstellerrekorden und großen Plänen für das Jahr 2018
3674/2017**

Der Ausschuss nimmt die als Tischvorlage vorliegende Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**10.3 Cologne and Tel Aviv Innovation Summit 2017
3601/2017**

Der Ausschuss nimmt die als Tischvorlage vorliegende Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

11 Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation

**11.1 Abschlussbericht zum Pilotprojekt Zwischennutzungsmanagement
3473/2017**

Dem Ausschuss liegt die umgedruckte Beschlussvorlage vor.

Herr Frank konstatiert, dass der Nichterfolg dieses Projektes offensichtlich ist. Nach seiner Meinung waren die Grundvoraussetzungen zum Teil nicht gut. „Deutlich wird, dass wenn man als Stadt nicht selbst mit Flächen oder Immobilien ins Rennen geht, macht das wenig Sinn.“ Im Gegensatz zu den Beispielen aus Hamburg und Bremen, wo für bestimmte Branchen Angebote bereitgestellt werden, die nicht alleine Marktkriterien unterworfen sind, war dies in Köln nicht der Fall. Hinzu kommen eine geringe Leerstandsquote und fehlende Angebote mit einer gewissen Kontinuität. Er verweist auf die Beschlüsse zum Haushalt 2018, der Mittel für eine städtische Initiative bereitstellt.

Frau Klein stimmt zu und verweist auf die Kreativszene, insbesondere die freie Szene, die Hände ringend nach Aufführungsorten sucht, aber u.a. aus Brandschutzgründen selten zum Zuge kommt. Sie verweist auf einen sehr großen Leerstand im Rechtsrheinischen, insbesondere von kleinen Ladenlokalen und bedauert den zum Teil fehlenden Willen der Eigentümer, sich an einer Revitalisierung zu beteiligen. Zur Erhaltung der Viertel sollte weiter über Maßnahmen und Möglichkeiten nachgedacht werden.

Herr van Geffen stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung

Beschluss:

Der Wirtschaftsausschuss nimmt den Abschlussbericht zum Pilotprojekt Zwischennutzungsmanagement zur Kenntnis und beschließt, das Projekt mit Auslaufen der Pilotphase zum Jahresende zu beenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zustimmt

12 Beschäftigungsförderung / Arbeitsmarktförderung

12.1 Kommunales Programm für Arbeit und Beschäftigungsfähigkeit 2315/2017

Herr Joisten lobt das Projekt und das gelungene Programm, welches er jedoch für unterfinanziert hält. Er fragt, wie viele Stellen durch den Beschluss des Hauptausschusses eingerichtet worden sind und wie viele Mittel des Budgets dadurch bereits gebunden sind. Wie viele Stellen können mit dem verbleibenden Budget eingerichtet werden?

Herr Frank verweist auf den Beschluss des Rates vom 17.11.2016 und dankt der Verwaltung für die Vorlage des Programms. Ein Votum sei seiner Fraktion aber aktuell nicht möglich, da dem Programm einige Aussagen fehlen würden. Er bittet um eine knappe Darstellung, auf welche Förderprogramme sich das Programm in 2018 beziehen soll. Das Modell, die Schaffung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung für Langzeitarbeitslose durch die Einsparung von KdU-Mitteln mitzufinanzieren, hält er für kompliziert und anspruchsvoll. Er hält den Ansatz aber trotzdem für richtig. Herr Frank fragt nach der Rolle der KGAB bei der „operativen Umsetzung“ in diesem Programm. Die vorgesehene privilegierte Stellung und die Konkurrenz zu den anderen Beschäftigungsträgern hält Herr Frank für problematisch. Die Lenkung und die Ausschreibung von Maßnahmen müssen in eine neutrale Instanz und nicht in die Hände eines der Träger, der sich auch noch in städtischem Eigentum befindet. Die könne zu Verwerfungen führen.

„Wie werden dann letztendlich Dinge ausgeschrieben, die jenseits des Jobcenters sind?“

Frau Klein stellt die Frage, wie das Programm an die Zielgruppe gebracht wird und wie das Monitoring des Programms erfolgen soll. Sie bittet darum, den Wirtschaftsausschuss häufiger, am besten dreimal jährlich über den aktuellen Stand zu informieren. Auch sie sieht mögliche Interessenskonflikte bei der KGAB. Frau Klein stellt die Frage, wie Unternehmen für das Programm begeistert werden können und schlägt vor, interessierte Unternehmen als beratende Mitglieder in den Beirat aufzunehmen.

Herr Lindweiler bittet um trennscharfe Formulierungen im Programm, die die geplanten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse von der Veredelung von 1-Euro-Jobs abgrenzt. Die aufgezählten Beschäftigungsmöglichkeiten bedürfen einer eher geringen Qualifikation. Herr Lindweiler zitiert Frau Stock, Agentur für Arbeit Köln, mit der Aussage, dass sich unter den Langzeitarbeitslosen auch Menschen mit höherer Qualifikation befinden und regt deshalb an, die enge Restriktion auf schlichte Tätigkeitsfelder nach oben erweitert wird.

Frau Gramm (Amt für Wirtschaftsförderung) bedankt sich beim Ausschuss für die positive Grundeinschätzung des vorgelegten Programms und beantwortet die Fragen wie folgt:

Auf der Basis der Dringlichkeitsentscheidung sind sieben Plätze realisiert worden (drei modellhafte Plätze bei der KGAB, um im Bürgeramt Lindenthal den Bürgerservice zu verbessern; zwei modellhafte Plätze bei der KVB zum Ausbau des Service an Haltestellen; zwei Plätze in der sogenannten verstärkten Förderung beim SKM e.V. für substituierte Personen, deren bisheriges Beschäftigungsverhältnis in einem sozialversicherungspflichtigen fortgeführt werden soll). Damit werden jährlich je rd. 80.000 € in 2018 und 2019 gebunden.

Eine Berechnung der Kosten pro Arbeitsverhältnis kann sehr schlecht geschätzt werden, da für jeden Platz und für jede Person andere finanzielle Bedingungen bestehen.

Wunschvorstellung ist, pro Jahr ca. 150 Personen mit den derzeit zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln zu erreichen.

Hauptziel ist die Spitzenfinanzierung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, es wird aber u.U. auch Unterstützung bei kleineren Maßnahmen geben, die z.B. der Gesundheitsförderung dienen. Das Monitoring wird dann entsprechend aufgebaut. Frau Gramm geht davon aus, dass es drei bis fünf Jahre dauern wird, bis die Umsetzung der Ziele des Programms deutlich sichtbar wird.

Die operative Rolle der KGAB ist in der Tat eine herausragende, weil sie als städtische Gesellschaft Aufträge ohne Ausschreibung im Rahmen von inhouse-Geschäften ausführen kann. An dieser Stelle wird sie bereits bei der Akquise passender Tätigkeitsfelder aktiv werden. Die KGAB ist ein auch ein Träger im Wettbewerb, es ist daher im Programm festgelegt, dass für die Beschäftigungsträger Kontingente bestimmt werden und es wird auch Aufgabe der städtischen Lenkungsgruppe sein, Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Die Beauftragung von Maßnahmen im Rahmen von Vergabeverfahren erfolgt durch die Arbeitsmarktförderung, nicht durch die KGAB. Das vorliegende Rahmenprogramm soll eine möglichst lange Halbwertszeit haben, deshalb werden die unterschiedlichen, derzeit gültigen Förderinstrumente nicht einzeln aufgeführt. Dies soll ermöglichen, alle derzeitigen und zukünftigen Förderprogramme umfassend nutzen zu können. Es werden dann für einen Zeitraum von ein bis zwei Jahren jeweils konkrete Maßnahmeplanungen entwickelt.

Die Zusammenarbeit mit bzw. die Information von einzelnen Unternehmen erfolgt derzeit über die im Bündnis für Arbeit vertretenen Verbände. Die Verwaltung begrüßt alle Möglichkeiten einer weiteren Kontaktaufnahme und ggf. Akquise von Arbeitsplätzen für das Programm.

Für Personen, die eine sinnvolle Beschäftigung benötigen, aber die formalen Bedingungen eines sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses nicht erfüllen, soll in einem geringen Umfang die Möglichkeit bestehen, das vorgelegte Programm ebenfalls zu nutzen. Dies insbesondere mit Blick auf die zeitliche Begrenzung von Arbeitsgelegenheiten.

Beschluss:

Der Wirtschaftsausschuss verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Die in der Sitzung gestellten Fragen und die mündliche Beantwortung soll den nachfolgenden Gremien zur Kenntnis gegeben werden.

12.2 Sachstandsbericht des Programms "Win-Win für Köln" 3422/2017

Der Ausschuss nimmt die als Tischvorlage vorliegende Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Herr Dr. Strahl fragt in Bezug auf das Parkcafé nach dem Sachstand der Verhandlungen mit bzw. der Zustimmung durch den Urheberrechtsinhaber. Er bittet um Erläuterung, wie bereits jetzt der Gewerbemietvertrag schadlos abgeschlossen werden kann, obwohl derzeit noch im Bestand gearbeitet wird.

Frau Gramm (Amt für Wirtschaftsförderung) dem Urheberrechtsinhaber wurden vor kurzem die Ausbaupläne zugesandt und es wird nun auf die Zustimmung gewartet. Der Stadtkonservator hat bereits dieser Planung zugestimmt. Der Grundentwurf des Gewerbemietvertrages war bereits Bestandteil der Ausschreibung für die zukünftige Nutzung. Jetzt sind die Konditionen eingearbeitet worden. Auf

Grund des Verlaufs der bisherigen Arbeiten kann zum Jahresende gut abgeschätzt werden, wann eine Übergabe der Mietsache möglich sein wird.
Die Eröffnung wird im Frühjahr 2019 erfolgen.

13 Förderung und Sicherung des Industriestandortes Köln (Ratsbeschluss vom 31.01.2002)

14 Mitteilungen

**14.1 Stadt Köln & Partner präsentieren sich auf der Expo Real 2017
3293/2017**

Der Ausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**14.2 Chinafest 2017
3339/2017**

Der Ausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**14.3 Film Festival Cologne
3172/2017**

Der Ausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Frau Klein bedankt sich ausdrücklich für die ausführliche Berichterstattung und die gute Ausstattung mit Zahlen, ein sehr gutes, nachvollziehbares Monitoring. Sie regt eine Überprüfung des Budgets hinsichtlich einer Erhöhung an.

**14.4 Dingfabrik e.V. nach erfolgreichem Umzug in Ehrenfeld wieder eröffnet.
3516/2017**

Der Ausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**14.5 Berichte zu aktuellen Veranstaltungen aus dem Bereich Kreativwirtschaft
3537/2017**

Der Ausschuss nimmt die als Tischvorlage vorliegende Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

15 Allgemeine Beschlussvorlagen

16 Mündliche Anfragen

Herr Joisten verweist auf eine Studie von DIW ECON, dem Consulting-Unternehmen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), mit dem Titel „Die lokalen Ausgaben der Airbnb-Gäste in Deutschland: Auswirkungen auf Wertschöpfung und Beschäftigung“ (<https://diw-econ.de/publikationen/studien/airbnb/>). Die Studie ergab, dass Airbnb-Reisende nach und innerhalb von Deutschland zusätzlich zur Übernachtung

tung rund 1 Mrd. Euro für Güter und Dienstleistungen vor Ort ausgaben, es eine positive Auswirkung auf Beschäftigung von mehr als 18.000 Erwerbstätigen gab und Gastromiesektor und Kulturwirtschaft besonders profitierten.

Herr Joisten fragt die Verwaltung, ob es Erkenntnisse gibt, was dies konkret für Köln bedeutet. Außerdem stellt er die Frage, ob es sich dabei letztendlich um einen Verdrängungswettbewerb gegenüber der Hotellerie handelt oder ob es, wie die Studie versucht glaubhaft zu machen, um einen add-on Effekt handelt.

Frau Reker sagt eine Beantwortung unter Einbeziehung der KölnTourismus GmbH zu.

Ende der Sitzung: 19.00 Uhr

Gez. van Geffen

Ausschussvorsitzender

gez. Doberitz

Schriftführerin